

Peter Taaffe

kann

Polen

zurück

zum

Kapitalismus

?

Sind Polen und Ungarn wie überreife Früchte, die nur darauf warten, in die offenen Hände des geläuterten Weltkapitalismus zu fallen?

Jeder Arbeiter, der die Medienberichterstattung von kürzlichen Ereignissen in beiden Ländern und das Spektakel von US-Präsident Bushs Triumphzug verfolgt hat, kann durchaus eine solche Schlußfolgerung ziehen. In Danzig rief die Menge Bush zu: "Bleib hier, bleib hier!" Solidarnosc-Führer Lech walesa erklärte: "Wir werden Amerika hier in Osteuropa aufbauen."

Bush selbst erklärte in bezug auf Gorbatschows Slogan vom "gemeinsamen Haus Europa", daß den "Bewohnern" auch erlaubt sein müsse, sich von Raum zu Raum zu bewegen.

Ist es somit also möglich, daß die Planwirtschaften von Osteuropa und besonders die von Polen und Ungarn liquidiert werden und daß der Kapitalismus wiederhergestellt wird?

Die stalinistischen Bürokratien, die die Gesellschaften beherrschen, haben diese in eine wirtschaftliche und soziale Krise geführt, die in ihren Auswirkungen für die Kapitalisten im Westen ebenso schlimm ist wie für die Stalinisten selbst.

Polens Auslandsschulden betragen 40 Mrd \$.

Die Schuldnerdienste stehen bei 3 Mrd. \$ jährlich und fressen die Reserven auf, die sonst zur Modernisierung der polnischen Industrie genutzt werden könnten.

Diese Schwierigkeiten entstanden durch das Wirtschaftsembargo, das der Westen nach der Verhängung des Kriegsrechts 1981 ausgesprochen hatte. Die Kapitalisten weigerten sich, die Sanktionen zu lockern, ehe das polnische Regime sich nicht auf so etwas wie "Demokratie" zubewegte.

Wegen seiner Unfähigkeit die Initiative und die Kapazitäten der polnischen Massen in Bewegung zu setzen, versucht das Regime verzweifelt die Methoden des Kapitalismus nachzuahmen. Der polnische Präsident Jaruzelski sprach in glühendsten Worten von Thatchers Sieg über die britischen Bergarbeiter.

Ähnlich brutale Methoden wurden durch die Schließung von Werften auch gegen die Danziger Arbeiterklasse angewandt. Wie die Kapitalisten sieht auch die privilegierte bürokratische Elite keinen anderen Ausweg als die arbeitende Klasse auszuquetschen, um neue Kräfte zur "Restrukturierung" der Wirtschaft loszuschlagen.

Mindestens 140 Betriebe, vor allem in der Schwerindustrie, sind zur Schließung vorgesehen. Der Industrieminister, ein "sozialistischer" Millionär und Meister auf dem "privaten Sektor", sagt, daß die Hälfte der Betriebe sofort geschlossen werden sollte.

Natürlich wäre es auch in einer Arbeiterdemokratie nötig, veraltete Betriebe dichtzumachen. Auf der Grundlage einer demokratischen Planung und von Arbeiterkontrolle

wäre allerdings eine Verlagerung von Arbeitern und Ressourcen von einem Produktionsbereich zum anderen ohne größere Beeinträchtigung der Wirtschaft oder des Lebens der Arbeiterklasse leicht möglich.

Die Arbeiterklasse wäre durch kürzere Arbeitszeit, bessere Arbeitsbedingungen und höheren Lohn sogar der Hauptnutznießer der neuen Technologie. Karl Marx verglich vor 100 Jahren die geplante Wirtschaft mit einer einzigen Fabrik, wo im Gegensatz zu den brutalen Auswirkungen des Marktes der Wechsel von Arbeitern und Ressourcen innerhalb des Betriebes nicht zu Arbeitslosigkeit und Chaos führt.

Aber in den stalinistischen Staaten befindet sich die Macht in den Händen der privilegierten Funktionäre in der "kommunistischen" Partei, der Armee, Polizei und der anderen Staatsorgane konzentriert.

Die Arbeiterklasse muß nacher die Folgen ihrer Zickzack-Politik und der von oben verordneten Entscheidungen tragen.

Im April stand die Inflation auf Jahr hochgerechnet bei 75%. Um alles noch abzurunden, plant die Regierung, die Subventionen auf Nahrungsmittel und andere Güter des täglichen Bedarfs, die ein Drittel des Staatshaushaltes ausmachen zu streichen. Aber 1970, '76 und '80/'81 führten ähnliche Maßnahmen zu sozialen Unruhen. Die Aussicht auf lange Schlangen für den täglichen Grundbedarf und leere Geldbeutel läßt den Stalinisten keine Ruhe.

Das Versagen ihres Systems und die Unfähigkeit, durch das Kriegsrecht die Bevölkerung zu entwaffnen, zusammengenommen mit dem scheinbaren Erfolg des Kapitalismus im Westen führten zur Demoralisierung der Bürokratie. Gerade 8% der erwachsenen Männer, die aus Karrieristen, Opportunisten und der Nomenklatura (Elite) bestehen, sind in der kommunistischen Partei. Gerade 1% der Jugendlichen un-

erstützt die Partei und lächerliche 700 Studenten sind in ihren Reihen zu finden!

Schon 1980/81 war die Partei so abgewirtschaftet, daß das Militär das einzige verlässliche Instrument der Bürokratie war. Aber der heldenhafte Widerstand der Arbeiterklasse zwang die Bürokratie einmal mehr zum Rückzug.

Die "kommunistische" Partei ist in einem Zustand schleichender Auflösung. Ihr "reformistischer" Flügel hat dem "Marxismus" abgeschworen und will eine sozialdemokratische Partei gründen, während Miodowicz, der Führer der offiziellen Gewerkschaft OPZZ nach einer "Arbeiterpartei" ruft.

Weil er selbst über keinerlei ernsthafte Unterstützung in der Bevölkerung dasteht, versucht Jaruselski, der ein schlauer Repräsentant der Bürokratie ist, sich auf die Solidarnosc-Führung zu stützen, um seine "Restrukturierung" durchzuziehen.

In einem Interview erklärte Jaruselski, daß die Solidarnosc von 1989 nicht dieselbe Bestie sei wie die von 1980/81. Wie sich ein Oppositioneller aus der Solidarnosc neulich beschwerte, gibt es jetzt "zwei konkurrierende Eliten in Polen" - die Elite an der Macht und die aufstrebende "Elite" in Solidarnosc.

Von einer Massenbewegung mit 10 Millionen Mitgliedern und 3 Mio. in der Bauerngewerkschaft, die über ein Programm mit all den Punkten für den politischen Sturz der Bürokratie verfügte, wurde Solidarnosc zumindest an der Spitze zu einer Stütze für das stalinistische Regime. Ähnlich wie sozialdemokratische und "kommunistische" Führer im Westen haben sich Walesa und die Solidarnosc-Führung ihre Anerkennung als "verlässliche Personen" durch das Ersticken von Streiks im letzten Jahr erworben.

Während nur eine Million Mitglieder in ihren Reihen blieben, rechnete sich Jaruselski aus, daß er sich nun auf Solidarnosc verlassen könnte, daß sie die Pläne der Bürokratie nicht durchkreuzt. Die Wahlen waren dazu vorgesehen, die Solidarnosc-Führung in die Mitverantwortung für das "Spar"programm zu ziehen.

Aber warum sollte Solidarnosc solchen amputierten Wahlen zustimmen, die von Michnik, einem ihrer Sprecher, ganz richtig als "35%-Demokratie" bezeichnet wurden?

Ihre Aktionen werden durch die explosive Stimmung in den Reihen der Arbeiterklasse erklärt. Die ehemaligen Hitzköpfe in ihrer Führung sind genauso, wenn nicht noch mehr in Angst vor dem Aufstand, der sich da zusammenbraut als das Regime selbst.

Auf der Suche nach einer Rechtfertigung für die Wahlteilnahme erklärte Jacek Kuron:

"Wir denken, daß wir aus der Situation unseren

Vorteil schlagen müssen, weil sonst die Bedingungen reif werden für einen Bürgerkrieg. Es giebt eine Chance für den friedlichen Übergang zur Demokratie. Die Alternative wäre für uns alle schrecklich. Das ganze Reformprogramm könnte untergehen, wenn die Leute auf die Straße gingen und die Wahlbüros niederbrennen, einschließlich die von Solidarnosc."

Walesa sagte: "Polen riskiert einen blutigen Bürgerkrieg wie den in Peking, wenn die wirtschaftlichen Reformen nicht zum politischen Wandel führen." Michnik sagte ebenfalls: "Die wirtschaftliche Lage ist katastrophal. Das Land ist in der Gefahr von sozialen Unruhen und Aufstand."

Es war aber 1980/81 gerade "soziale Unruhe und Aufstand", was die Solidarnosc-Führung an ihre herausragende Stellung brachte. Jetzt versuchen sie verzweifelt, die Bewegung in eine sichere Schritt-für-Schritt Taktik abzulanken und bringen wieder die Illusion von total freien Wahlen in vier Jahren auf, die Solidarnosc an die Macht bringen sollen.

Wie ein verspielter Hund soll sich die Bürokratie auf den Rücken rollen und tot spielen. Keine bevorrechtete Klasse oder Kaste hat jemals friedlich die Bühne der Geschichte verlassen. Trotzdem wird jeder, der Walesas Utopie angreift, hingestellt, als wolle er den "afghanischen" Weg einschlagen - das heißt, den Bürgerkrieg vorziehen.

Weder Jaruselski noch irgendein anderer Repräsentant der stalinistischen Elite ist bereit, sein System zu Tode zu "liberalisieren." Bevor er an den Wahlen neulich teilnahm, versicherte sich Jaruselski sehr sorgfältig, daß die Instrumente der Macht auch weiterhin fest in den Händen der stalinistischen Bürokratie bleiben.

Friedrich Engels zeigte, daß der Staat letzten Endes auf eine "bestimmte Formation bewaffneter Menschen" zurückgeführt werden kann - die Armee, die Polizei und ihre materiellen Hilfsmittel wie Gefängnisse. Unter dem Druck der Massen kann die Bürokratie zeitweise dazu gezwungen werden, Zugeständnisse zu machen. Aber sie wird nicht die geringste Schwächung ihrer Kontrolle über Armee und Polizei zulassen - die letzten Wächter ihrer privilegierten Position.

Solidarnosc-Sprecher wurden gewarnt, eine Kritik an der stalinistischen Kontrolle über Radio, Polizei und Armee ja zu unterlassen. Die "kommunistische" Partei sicherte sich selbst eine Zweidrittelmehrheit im "Parlament", die ihr die Präsidentschaft für ihren Kandidaten garantierte mit der Kontrolle über Verteidigung, Polizei und Außenpolitik.

Walesa erklärte leichtfertig, das er vielleicht Präsident werden könnte oder sogar "König". Es bestand aber nicht die geringste Möglichkeit für Walesa, die Präsidentschaft zu erreichen. Der ganze Sinn der "Wahlen" war es, Jaruselski dieselbe bonapartistische (diktatorische) Position und Macht zu geben wie Gorbatschow in der UdSSR.

Jaruselski dachte sich, daß ihm die Wahl durch ein "demokratisches" Parlament die Legitimation geben würde, sein Programm durchzuziehen.

Ohne Zweifel wollte Jaruselski die Solidarnosc-Führer locken, einmal vom vergifteten Apfel der Macht abzubeißen.

Wie Michnik durchsickern ließ wollten einige nur zu gerne mal probieren. Er schlug vor, daß Solidarnosc den Premierminister stellen sollte, während die Präsidentschaft bei der "kommunistischen" Partei blieb.

Walesa und die graue Eminenz hinter ihm, Bronislaw Geremek, wiesen dies verärgert zurück. Tatsächlich ist Walesa so in Sorge, sein Ansehen nicht noch weiter zu beschmutzen, daß er sich nicht zur "Wahl" stellte. Er hält sich so die Hände frei, die Regierung zu verdammen ebenso wie einige Persönlichkeiten von Solidarnosc, die vielleicht in die Regierung eintreten könnten, weil er weiß, daß die Arbeiter dem Sparprogramm Widerstand entgegenzusetzen werden.

Die Angst, mit der das Regime die Arbeiterklasse betrachtet wird dadurch unterstrichen, daß es die letzten beiden Jahre gezwungen war, Lohnerhöhungen zuzulassen, die über der Inflationsrate lagen.

Diese mächtige Arbeiterklasse ist der letzte Bremsblock, der zusammen mit anderen Faktoren, eine Wiederbelebung des Kapitalismus in Polen ausschließt.

Ohne Zweifel hat der Stalinismus in Polen, Osteuropa und der UdSSR alle Möglichkeiten zur realen Weiterentwicklung der Produktivkräfte ausgeschöpft. Komplette Stagnation oder sogar Rückschritte auf manchen Gebieten (sogar im Vergleich zum gelähmten Kapitalismus im Westen) sind unumgänglich.

Im Kapitalismus liegen die Grenzen für die Entwicklung der Produktivkräfte im Privateigentum einerseits und in der Begrenztheit des Nationalstaates andererseits. Durch die großen Monopole ist die Industrie den engen Grenzen des "Binnenmarktes" entwachsen und sieht im Weltmarkt die Basis für ihre Unternehmungen.

In den stalinistischen Staaten wurde das Privateigentum abgeschafft. Aber der hohe Anteil von Ausschußproduktion, Mismanagement und Verschwendungssucht, der unter einem totalitären Regime in den Grenzen des Nationalstaats unumgänglich ist, setzt der Ausnutzung

der vollen Kapazität einer Planwirtschaft Grenzen.

Kapitalismus und Stalinismus stehen heute vor der schwersten Krise ihres Bestehens. Aber im Vergleich zur Stagnation und zum Rückschritt im Osten scheint die Wirtschaft von Westeuropa, Japan und Amerika durch den gegenwärtigen achteinhalbjährigen Mini-Aufschwung weit erfolgreicher.

In allen stalinistischen Staaten ist ein Teil der Bürokratie geblendet vom scheinbaren "wirtschaftlichen Feuerwerk" des Kapitalismus wie es Trotzki ausgedrückt hat. Ohne Zweifel, wenn der Weltkapitalismus einen Boom durchmachen würde im Ausmaß von 1950-75, könnte die theoretische Möglichkeit einer Rückkehr zum Kapitalismus in Osteuropa und der UdSSR nicht ausgeschlossen werden. Selbst dann müßte der Kapitalismus gegen den Widerstand der Arbeiterklasse resturiert werden. Eine schrittweise Restauration des Kapitalismus ist heute genauso wenig möglich, wie es z.B. möglich gewesen wäre die russische Revolution von 1917 durch Reformen durchzuführen. Ein einschneidendes Sparprogramm könnte auch der Startpunkt einer triumphierenden kapitalistischen Konterrevolution sein. Aber der Widerstand der Arbeiterklasse wäre nochmal größer.

Auf der Pro-Rush-Demonstration in Danzig rief ein Teil der Menge, offensichtlich aus den Reihen der "kämpfenden Solidarnosc": "Nur ein toter Kommunist ist ein guter Kommunist". Aber trotzdem sind es die selben Arbeiter die entschieden gegen die Sparmaßnahmen kämpfen, egal, ob sie von den Stalinisten ausgehen oder von einer kapitalistischen Konterrevolution.

Wenn sie erst massenhaft in den Kampf eintreten, werden sie auch Aktionsausschüsse wie 1980/81 bilden - die polnische Spielart der Sowjets - die ihrerseits wieder zu Forderungen führen würden nach Abschaffung der Privilegien und nach Kontrolle und Leitung der Industrie und der Gesellschaft durch die Arbeiterklasse.

Die Perspektive für den Weltkapitalismus ist jedoch gekennzeichnet von Rezession und möglicherweise Depression in den nächsten fünf Jahren. All die Illusionen, die sich in den Reihen der stalinistischen Bürokratie und sogar unter einer Schicht von Arbeitern in den stalinistischen Staaten gebildet haben, wird die Krise zerschlagen.

Sogar in dieser für den Kapitalismus vorzüglichen Situation war Bush nicht in der Lage, den wirtschaftlichen Rettungsanker, den die Solidarnosc-Führer forderten, zu bieten. Hoffnungen auf einen neuen "Marshall-Plan"

für Polen und Osteuropa wurden dadurch zerstört.

Am Ende des zweiten Weltkriegs war der US-Kapitalismus ein ökonomischer Koloss, das die Hälfte der Weltproduktion ausmachte. Er benutzte seine Größe, um Europa und Japan wiederaufzubauen; allerdings erst nachdem die sozialdemokratischen und "kommunistischen" Führungen durch die Erstickung der revolutionären Bewegung der Nachkriegszeit in Europa die Bedingungen dazu geschaffen hatten.

Heute ist der US-Kapitalismus ein Koloss auf tönernen Füßen. Geplagt von einem klaffenden Handels- und Haushaltsdefizit besitzt er nicht die Kapazitäten, die kolonialen und halbkolonialen Länder aus ihren Schwierigkeiten herauszuschlagen, geschweige denn die UdSSR oder Osteuropa.

Solidarnosc forderte ein Hilfsprogramm mit einem Umfang von 10 Mrd. \$. Sie schlug vor, die jährlichen Zinszahlungen von 3 Mrd. \$ an den Westen zu streichen. 3 Mrd. \$ "neuen Geldes" auf drei Jahre verteilt und den Rest der 10 Mrd. \$ später, war ihr Vorschlag.

Im Gegenzug bot Bush Erdnüsse. Noch mehr, einer seiner Sprecher, John Sununu, belehrte die Polen väterlich über ihre "verschwenderischen Angewohnheiten" und verglich sie mit "jungen Menschen im Süßwarenladen, wenn es dort so viel gibt, daß sie nicht recht wissen, in welche Richtung sie gehen wollen und die nicht die Selbstdisziplin haben, das Richtige zu tun..."

Das einzige konkrete Angebot waren 100 Mio. \$, "um dem privaten Sektor Kapital und Selbstvertrauen zu geben" und das Versprechen sich für einen Weltbank-Kredit über 325 Mio. \$ für Landwirtschaft und Industrie einzusetzen. Bush versprach desweiteren noch 50 Mio. \$ zur Bekämpfung der Umweltzerstörung in Krakau.

Diese winzigen Maßnahmen führen nicht zu einem Programm der kapitalistischen Restauration. Tatsächlich lehrte Bush, ein "großer Bewunderer" Jaruselskis, die Polen die Notwendigkeit, die bitteren Pillen des Regimes zu schlucken.

Die ernsthaften Strategen des Kapitals erkennen, daß die Restauration des Kapitalismus in Osteuropa eine Wunschvorstellung ist. Während Kapitalismus und Stalinismus auf verschiedenen und antagonistischen sozialen Systemen aufbauen, fürchten sie sich zwar voreinander, stützen sich aber doch gegenseitig gegen die Bedrohung einer sozialen Revolution im Westen und der politischen Revolution in den stalinistischen Staaten.

Bis zu einem gewissen Grad haben die Bürokratien in ganz Osteuropa mit den selben Pro-

blemen zu tun wie in Polen. Indem sie zwinghaft den Markt nachahmen wollen sie alle die Subventionen senken oder ganz abschaffen und die Industrie "Restrukturieren". In Ungarn wird erwartet, daß Fabrikschließungen zum Verlust von 100.000 Arbeitsplätzen führen. Die Tschechoslowakei erwartet, daß 2 Mio. Arbeiter aus den Fabriken geworfen werden. Trotzdem, die Bürokratien sind wie eine Katze, die sich an die heiße Milch heranschleicht, bei der ersten Berührung aber zurückspringt. Ihre Angst wurde von Pozsgay, dem ungarischen "Ultra-Reformer" und Vize-Premier auf den Punkt gebracht "Die anonymen Massen haben sich noch nicht dazu geäußert." Er warnte: "Wenn es die Leute nicht mehr aushalten, werden sie einen Aufstand machen." Die Schatten von Ungarn im Oktober 1956!

Sogar Walesa erklärte: "Freiheit und Brot gehören zusammen." Ängstlich, in den Machtapparat einzusteigen wie sie sind, haben es die Solidarnosc-Führer für den Moment gelassen, offen mit dem Regime den Lebensstandard der Arbeiter anzugreifen.

So ging am 10. Juli in erster Lesung ein neues Gesetz durchs Parlament, das automatisch Lohn-erhöhungen mit Erhöhungen der Lebenshaltungskosten verbindet. Die Financial Times kommentierte: "Das Gesetz wurde von Solidarnosc zum Ärger der Liberalen in der Opposition wie im Staatsapparat, die für den freien Markt sind, gefordert, um mögliche Unruhen in den kommenden Monaten in den Betrieben zu verhindern."

Wenn die polnischen Arbeiter erst einmal ihre Stimme erheben - und die ungarischen Arbeiter werden nicht weit hinter ihnen zurückbleiben - wird das die herzliche Beziehung der Solidarnosc-Führung zum Regime gründlich durcheinanderbringen. Eine allmähliche Entwicklung zur Demokratie in den stalinistischen Staaten ist ausgeschlossen. Egal für welche Zeit, die Bürokratie kann niemals unabhängige, kämpfende Organisationen der Arbeiterklasse dulden. Sie ist eine Zeitlang bereit eine brave Solidarnosc zuzulassen, die ihr als eine Bremse für die Bewegung der Arbeiter dient. Zur selben Zeit verweigern sie das selbe Recht der radikalen Studentenorganisation. Es ist nicht das erste Mal, daß Solidarnosc zugelassen wurde. Während der Revolution von 1980/81 war sie 500 Tage lang legal. Diese Periode wurde durch die Verhängung des Kriegsrechts im Dezember 1981 beendet. Unter dem Druck der Massen kann die Bürokratie sogar dazu gezwungen werden, eine Doppelherrschaft wie 1980/81 zuzulassen. Aber das Versagen, eine politische Revolution durchzuführen (was 1980/81

gut möglich gewesen wäre) wird der Bürokratie Zeit geben, die Instrumente der Macht wieder in ihre Hände zu bekommen.

Sogar die derzeitige sehr begrenzte "demokratische Öffnung" könnte wieder rückgängig gemacht werden, wenn die Gefahr besteht, daß sie außer Kontrolle gerät. Ex-Premierminister Rakowski, ein "Reformer" warnte kürzlich, daß "unkontrollierte demokratische Veränderungen das Land destabilisieren und einen harten Rückschlag provozieren könnten."

Richtig freie Wahlen in Polen und Ungarn würden die "kommunistischen" Parteien weit abgeschlagen sehen. Sie wären ein erster Schritt zur Überwindung der bürokratischen Herrschaft. Deshalb ist es ausgeschlossen, daß die Bürokratie freiwillig zur Seite tritt, sogar für die rivalisierende Elite von Solidarnosc.

Wie Leo Trotzki vor 60 Jahren zeigte, wird die Bürokratie nicht freiwillig abtreten, sie muß gestürzt werden. Das bedeutet nicht notwendigerweise gewaltsamen Aufstand, wie das Walesa angedeutet hat. Bewaffnet mit klarem Programm und Führung könnte die politische

Revolution in Polen, Osteuropa und der UdSSR friedlich durchgeführt werden.

So sehr ist die Bürokratie isoliert, daß eine starke Bewegung der Arbeiterklasse die unteren und möglicherweise auch die mittleren Schichten der Bürokratie hinter sich ziehen würde.

In China war vor zwei Monaten ein solcher Prozeß deutlich zu sehen. In Ungarn 1956 blieb die Bürokratie in der Luft hängen, während 99% der Bevölkerung die Revolution unterstützten.

In Polen 1980/81 wäre ein friedlicher Übergang möglich gewesen, wenn die Solidarnosc-Führung nicht die falsche Politik verfolgt hätte.

Jedoch hat die Mittäterschaft der Solidarnosc-Führung bei der Verhängung von "Opfern" über die Arbeiterklasse schon zu Spaltungen geführt. Diese werden in nächster Zeit unüberbrückbar werden. Die neue Generation von Arbeitern, die die Lehren aus 1980/81 gezogen hat, wird eine Kraft aufbauen, die den Stalinismus für immer verabschieden wird. Sie wird die Tür nicht zum Kapitalismus hin öffnen, sondern zum Aufbau einer Arbeiterdemokratie in Polen, die wiederum zu einem Steppenbrand von Revolutionen durch Osteuropa und die UdSSR selbst führen wird.